

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge... Nr. 154 Sonntag, den 3. Juli 1932 27. Jahrgang

Gläubigereinigung in Lausanne?

Dier Milliarden?

Paris, 1. Juli. Havas berichtet aus Lausanne, daß heute abend die Hauptgläubiger Deutschlands sich auf folgender Grundlage geeinigt hätten: Sobald Deutschland seine Zahlungsfähigkeit wieder erlangt habe, werde der Vorstand der Bank für internationalen Zahlungsausgleich über die Mobilisierung der vom Reich garantierten, schon jetzt der B. J. Z. zu überreichenden Bonds beschließen, die vom Augenblicke der Mobilisierung an Zinsen tragen würden. Diese Bonds hätten, sobald eine generelle Regelung des gesamten Schuldenproblems in Frage komme, als seriöses Angebot an Amerika zu gelten. Der Betrag soll erst morgen festgesetzt werden, dürfte sich aber auf 4 Milliarden RM belaufen. Unabhängig davon müsse Deutschland die auf Grund des Hoover-Memorandums gestundete Young-Annuität zahlen. Deutschlands Gläubiger würden sich wahrscheinlich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten für den Fall, daß die amerikanische Regierung am 15. Dezember die Wiederaufnahme der Schuldentilgungen fordere. Der Abkommensentwurf werde, wenn er vollständig vorliege, der deutschen Delegation unterbreitet werden.

Lausanne, 1. Juli. Ueber den Inhalt des Planes, der heute in den beiden Sitzungen des Bureaus erörtert worden ist, verläutet im Lager der an seiner Abfassung beteiligten Mächte, daß es sich dabei um den Vorschlag einer Beteiligung Deutschlands an dem Fonds Commun bei der B. J. Z. in Form von Bonds mit einer gewissen Laufzeit handle, deren Beginn abhängig wäre von bestimmten Anzeichen der allgemeinen und der deutschen Wiederaufholung. Es sollen jedoch mehrere Jahre vergehen, bevor eine erste Forderung dieser Bonds durch die B. J. Z. erhoben werden darf.

Diese unter allem Vorbedacht verzeichneten Angaben ausländischer Quellen sehen weiter ziffernmäßige Vorschläge variabler Natur je nach der Entscheidung der Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage vor. Sie entziehen sich der Erörterung, solange sie nicht der deutschen Delegation

vorgelegt und auf ihren Einklang mit der stets angenommenen grundsätzlichen Haltung Deutschlands geprüft sein werden.

Französisches Entgegenkommen?

Lausanne, 1. Juli. Von ausländischer Seite wird über den Verlauf der heutigen Beratungen des Bureaus behauptet, daß die fünf beteiligten Mächte nach dem Appell MacDonaldis an Frankreich ein weitgehendes Entgegenkommen der Franzosen in der Zifferfrage feststellen hätten. Ebenso sei es gelungen, eine Alternativformel in der Frage des Sicherungsvorbehaltes wegen der Schulden an Amerika zu finden, die bedeutend elastischer gehalten sei als frühere Vorschläge. Die neue Formel soll jedoch erst morgen weiter beraten werden. Der Rahmenbericht, um den es sich hier handelt, soll morgen nachmittag den deutschen Delegierten als Vorschlag der fünf Mächte unterbreitet werden.

Herriot zufrieden

Paris, 1. Juli. Herriots Ausführungen vor dem Finanzausschuß der Kammer über die Lausanner Verhandlungen sind, wie einige Ausschussmitglieder nach der Sitzung erklärten, beifällig aufgenommen worden. Herriot habe besonderen Wert auf die Feststellung gesetzt, daß es ihm gelungen sei, die an der Reparationsregelung interessierten Hauptmächte für die französische These gewonnen zu haben. Er habe auch betont, daß er dem von ihm in der Regierungserklärung und früher vertretenen Standpunkt von der Achtung der Verträge treu geblieben sei.

Herriot hat heute abend auch vor der radikalen Kammerfraktion ein Exposé über die Lausanner und die Genfer Verhandlungen erlassen, das den Beifall der Fraktion gefunden zu haben scheint, denn diese beschloß einstimmig, daß der Fraktionsvorstand sich zur Begrüßung des Ministerpräsidenten bei seiner Abreise nach Lausanne auf dem Bahnhof einfände.

Devisenvereinfachungen für den deutsch-tschechoslowakischen Reiseverkehr

Prag, 1. Juli. Zwischen dem tschechoslowakischen und deutschen Regierungsvertretern ist heute in Prag eine Einigung erzielt worden, welche die Bereitstellung von Zahlungsmitteln für Erholungsreisende aus den beiderseits eingefrorenen Guthaben bezweckt. Den deutschen Reisenden nach den tschechoslowakischen Kurorten und Sommerfrischen wird neben den obligaten 200 RM noch eine Zulage gemeldet bis zu 500 RM erteilt, sobald sie an Zahlungsmitteln über monatlich bis zu 700 RM für jede physische Person verfügen können. Diese Vereinbarung tritt sofort in Kraft, doch wird ihre technische Durchführung noch einige Tage in Anspruch nehmen.

Die Forderungen der NSDAP. für Preußen

Frankfurt a. M., 1. Juli. Der Führer der NSDAP. im preussischen Landtag, Abgeordneter Rube, richtete heute hier in einer nationalsozialistischen Wählerversammlung scharfe Angriffe gegen die Parteien der Weimarer Koalition und führte weiter aus, am 31. Juli gelte der Kampf nicht dem Kabinett von Papen, sondern dem alten System. Es wurde den Deutschnationalen nichts anderes übrig bleiben, als sich Hitler und der NSDAP. anzuschließen.

Zu der Regierungsübernahme in Preußen erklärte der Redner: Wir sind bereit, die Regierung zu übernehmen, aber ohne jede Bindung. Wir sind bereit, den Ministerpräsidenten zu stellen, aber dieser Ministerpräsident nimmt nicht Aufträge der anderen Parteien entgegen, sondern nur Adolf Hitlers. Wenn wir nach dem 31. Juli in eine Koalition gehen, so unter der Bedingung, daß wir den Ministerpräsidenten, den preussischen Innenminister, den Kultusminister, den Landwirtschaftsminister und wahrscheinlich auch den Justizminister stellen. Stellen wir den Innenminister, dann sind morgen alle 45 Polizeipräsidenten ihres Amtes enthoben. Das neue Preußen will neue Männer und neue Methoden.

Selbtes Dankagung

Magdeburg, 1. Juli. Der Gründer und erste Bundesführer des Stahlhelm, Franz Selbte, teilt mit: „Da es mir bei der übergroßen Fülle der mir zu meinem 50. Geburtstag freundlichst gesandten Glückwünsche nicht möglich ist, jedem einzelnen meinen herzlichsten Dank besonders zum Ausdruck zu bringen, möchte ich hier aussprechen, wie sehr ich mich über jedes einzelne Geben freuen habe. Ich beziehe das Geben meiner Kameraden und Freunde über meine Person hinweg auf die Kampfgemeinschaft und die Volksgemeinschaft, die uns alle verbindet zur Erreichung des allen gemeinsamenalles der deutschen Freiheit. Front Heil! Franz Selbte.“

Listenverbindung zwischen Bayerischer Volkspartei und Wirtschaftspartei?

München, 2. Juli. Wie die Münchener Reichsboten berichten aus Kreisen der Bayerischen Volkspartei erfahren sind Verhandlungen mit dem Reichsausschuß der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) zum Zweck einer Listenverbindung aufgenommen worden. Mit dem baldigen Abschluß dieser Verhandlungen ist zu rechnen.

Das Reichsgericht für Verbot des „Vorwärts“

Beipzig, 1. Juli. Wie der Reichsgerichtsdienst des RZB. erzählt, hat der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in seiner heutigen Beschlusssitzung das Verbot des „Vorwärts“ für zulässig erklärt. Der Senat ist der Auffassung, daß die in Frage kommenden Artikel geeignet sind, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung verächtlich zu machen, zudem aber auch lebenswichtige innen- und außenpolitische Interessen zu gefährden. Der Senat hält, zumal in der jetzigen Zeit, den wirksamen Schutz dieser Interessen für unbedingt erforderlich.

Ueber das Verbot der „Münchener Zeitung“ soll in einer am Sonnabend um 11.30 Uhr beginnenden Beschlusssitzung entschieden werden.

Bayerische Regierung zur letzten politischen Notverordnung

München, 1. Juli. In der zweiten Kabinetsbesprechung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen gibt die bayerische Staatsregierung eine Verlautbarung bekannt, in der sie im Eingang auf ihre Bedenken gegen die Freigabe der öffentlichen Straßen und Plätze für politische Versammlungen und Aufzüge und des Tragens von Parteiuniformen bei der letzten Schärfe der politischen Gegensätze hinweist und erklärt weiter: Trotz der erwähnten Dinge wird die Staatsregierung demüßigt sein, mit dem Einlage der ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und Störungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. In der Bevölkerung liegt es, weitgehende Besonnenheit und Selbstbeherrschung zu üben. An die politischen Parteien und Verbände geht die dringende Aufforderung, sich angesichts der Lage im politischen Aufstreten auf öffentlichen Straßen und Plätzen die größte Zurückhaltung aufzuerlegen, Herausforderungen Andersdenkender und Ausschreitungen zu vermeiden und den inneren Frieden zu bewahren. Bayern ist und wird ein Rechtsstaat bleiben, in dem das Recht und der Schutz der eigenen Meinung eines jeden im Rahmen der allgemeinen Gesetze gewährleistet ist.

Reise des Reichspräsidenten nach Neudorf

Berlin, 1. Juli. Reichspräsident von Hindenburg wird im Laufe der nächsten Woche nach Neudorf reisen. Wie von zuständiger Stelle betont wird, handelt es sich nicht um eine Urlaubsbereise des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident wird im Gegenteil seine Amtsgeschäfte von Neudorf aus ununterbrochen weiterführen und durch ständige Kurriere über sämtliche Vorgänge auf dem Laufenden gehalten werden.

Weiterer Rückgang der Kontur- und Vergleichsverfahren im Juni 1932

Berlin, 1. Juli. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Monat Juni 1932 durch den „Reichsanzeiger“ 704 neue Konkurse — ohne die wegen Massenarbeits abgelehnten Anträge auf Konkursveröffnung — und 627 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 739 bzw. 627.

Frankreich fordert ein „Lösegeld“

Von französischer Seite wird jetzt der Plan vertreten, daß Deutschland als Entgelt für den Ausfall aller Reparationen ein „Lösegeld“ von 5 Milliarden den teils zur Abdeckung der englischen und französischen Schulden an Amerika, teils zur Errichtung einer europäischen Stiftungs zahlen solle. Manchen mag diese Forderung an mittelalterliche Vorgänge erinnern.

